



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG

Fakultät Wirtschafts- und
Sozialwissenschaften



Politische Stimmung in der Freien und Hansestadt Hamburg: Ergebnisse einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage

**Olaf Bock
Kai-Uwe Schnapp**

WiSo-HH Working Paper Series
Working Paper No. 02
October 2012



WiSo-HH Working Paper Series
Working Paper No. 02
October 2012

Politische Stimmung in der Freien und Hansestadt Hamburg: Ergebnisse einer allgemeinen Bevölkerungsumfrage

Olaf Bock, Universität Hamburg
Kai-Uwe Schnapp, Universität Hamburg

ISSN 2196-8128

Font used: „TheSans UHH“ / LucasFonts

Die Working Paper Series bieten Forscherinnen und Forschern, die an Projekten in Federführung oder mit der Beteiligung der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg tätig sind, die Möglichkeit zur digitalen Publikation ihrer Forschungsergebnisse. Die Reihe erscheint in unregelmäßiger Reihenfolge.

Jede Nummer erscheint in digitaler Version unter
<https://www.wiso.uni-hamburg.de/de/forschung/working-paper-series/>

Kontakt:

WiSo-Forschungslabor
Von-Melle-Park 5
20146 Hamburg
E-Mail: experiments@wiso.uni-hamburg.de
Web: <http://www.wiso.uni-hamburg.de/forschung/forschungslabor/home/>



Inhaltsverzeichnis

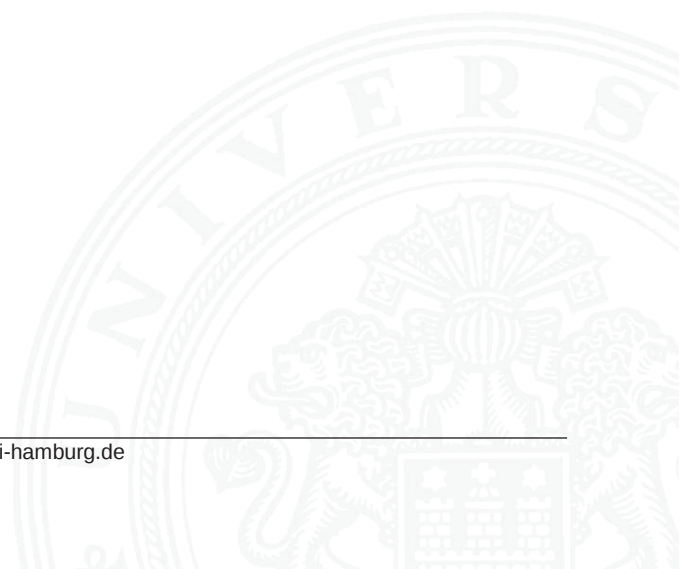
1) Einleitung	5
Politische Stimmung.....	5
Einstellung zum Klimawandel.....	5
Wohnen in Hamburg	6
Die Erhebung	6
2) Politische Stimmung	8
3) Einstellung zum Klimawandel	18
4) Wohnen in Hamburg.....	25
5) Zusammenfassung	33
6) Literatur	35
7) Anhang.....	36

Hinweis:

In der vorliegenden Version sind die Tabellen A bis C im Anhang ergänzt worden. Diese allgemeinen Angaben zu Alter, Geschlecht und Wohnbezirk der Befragten fehlten in der vorherigen Version.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Parteibindung	9
Tabelle 2: Listen- oder Personenwahl	11
Tabelle 3: Stimmverteilung insgesamt	12
Tabelle 4: Bewertung Politikerinnen und Politiker	14
Tabelle 5: Wichtige Probleme in Hamburg	15
Tabelle 6: Politikbereiche mit Kürzungspotenzial	17
Tabelle 7: Klimaaussagen	19
Tabelle 8: Schwerste Folge des Klimawandels	21
Tabelle 9: Energieproduktion	22
Tabelle 10: Stromanbieterwechsel	23
Tabelle 11: Gründe Stromanbieterwechsel	24
Tabelle 12: Zufriedenheit mit Wohnsituation	26
Tabelle 13: Wohnsituation – Attraktivität des Wohnortes	27
Tabelle 14: Bewertung der Veränderung von Wohnlagen	28
Tabelle 15: Wohnumgebung	30
Tabelle 16: Kriminalitätsfurcht	31



1) Einleitung

Hamburg steht vor großen Herausforderungen. Die Schuldenlast soll reduziert, Handlungsfähigkeit zurückgewonnen werden. Die Freie und Hansestadt will sich zukunftsfähig machen, und dafür auch klimabewusster werden. Sie will wachsen, neue Bewohnerinnen und Bewohner anziehen und gleichzeitig für Alteingesessene attraktiv, lebens- und liebenswert bleiben. Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen haben wir¹ den Bürgerinnen und Bürgern Hamburgs im Sommer dieses Jahres telefonisch verschiedene Fragen gestellt.

Politische Stimmung

Wir wollten wissen, wie die aktuelle politische Stimmung in der Stadt ist, welche Themen den Hamburgerinnen und Hamburgern wichtig sind, welche nicht, und wie beliebt ihre Politikerinnen und Politiker sind. Wir haben die Sonntagsfrage gestellt: Wie würden die Bürgerinnen und Bürger wählen, wenn am nächsten Sonntag Bürgerschaftswahlen wären? Uns interessierte dabei nicht nur, wie in der Summe die Stimmverteilung wäre, sondern auch, wie die Befragten einige Monate nach der letzten Wahl und nach der Einführung des neuen Wahlrechts die Möglichkeiten dieses Wahlrechts nutzen würden.

Einstellung zum Klimawandel

Hamburg ist 2011 zur Umwelthauptstadt gewählt worden und hatte aus diesem Anlass viele besondere Aktionen zur Förderung der Umwelt ins Leben gerufen. Wir wollten deshalb die Einstellungen der Hamburgerinnen und Hamburger zu Umwelt und Klima erfahren und wissen, wie sie sich vor diesem Hintergrund verhalten. Wie schätzen die Hamburgerinnen und Hamburger das Ausmaß der ökologischen Bedrohung ein und wo sehen sie, sofern eine Bedrohung wahrgenommen wird, deren Ursachen? Meinen sie, der Klimawandel sei vom Menschen verursacht, oder sehen sie die Ursachen an anderer Stelle? Und wie sollte nach Meinung der Hamburgerinnen und Hamburger Energie

1 Die Studie wurde an der Universität Hamburg vom Forschungslabor der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften unter Leitung von Prof. Dr. Kai-Uwe Schnapp und Dipl.-Pol. Olaf Bock durchgeführt. Beteiligt waren außerdem Prof. Dr. Anita Engels und Prof. Dr. Peter Wetzels. – Die Erstellung des vorliegenden Berichts wurde unterstützt durch das Team des WiSo-Forschungslabors: Jonas von Bockel, Jasmin Karstens, Joachim Kieras, Dennis Manfred Köhler, Marcus Nendel und Jan Papmeier.

produziert werden? Sind sie bereit zu handeln, etwa ihren Stromanbieter zu wechseln und nach welchen Kriterien gehen sie bei einem Wechsel vor?

Wohnen in Hamburg

Der Hamburger Senat hat das erklärte Ziel, in den kommenden Jahren jährlich 6000 neue Wohnungen entstehen zu lassen. Da Hamburgs Bevölkerung stetig wächst, gibt es zurzeit vielfach Kritik am Wohnungsmangel und einem daraus resultierenden steigenden Mietniveau in verschiedenen Wohnvierteln. Wir haben die Hamburgerinnen und Hamburger gefragt, wie zufrieden sie mit der gegenwärtigen Wohnsituation in ihren Stadtteilen sind. Wo fühlen sie sich wohl, wo ist dies weniger der Fall? Wie wird die jeweilige Wohnumgebung bewertet? Und wie ist es um das Sicherheitsgefühl in den verschiedenen Stadtteilen bestellt?

Die Erhebung

Der Hamburg-BUS ist als sozialwissenschaftliche Mehrthemenumfrage zu Einstellungen, Verhaltensweisen und zur Sozialstruktur der Bevölkerung der Freien und Hansestadt Hamburg konzipiert und soll zukünftig regelmäßig durchgeführt werden. Die erste Erhebung wurde zwischen dem 16. April und 03. August 2012 durchgeführt.

Die Grundgesamtheit des Hamburg-BUS besteht aus der Hamburger Wohnbevölkerung (Personen mit und ohne deutschen Pass), die 16 Jahre oder älter ist. Die Auswahl der Zielpersonen erfolgte nach dem Gabler-Häder-Zufallsverfahren für repräsentative Telefonumfragen im deutschen Festnetz.² Die Interviews dauerten durchschnittlich 25 Minuten.

Insgesamt wurden 468 Hamburgerinnen und Hamburger befragt. Die Durchführung der Erhebung lag beim Forschungslabor der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Universität Hamburg.

² Die zufällige Auswahl der Telefonnummern aus allen Hamburger-Festnetztelefonanschlüssen bzw. dem Vorwahlgebiet "040" erfolgte nach dem von Siegfried Gabler und Sabine Häder am GESIS, Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften entwickelten Ziehungsverfahren (vgl. Häder et. al. (2009)). Um die Zielperson für das Interview zu bestimmen, wurde die „Last-Birthday-Methode“ angewendet. Das heißt, dass jeweils die Person eines Zielhaushaltes befragt wurde, die als letzte Geburtstag hatte und 16 Jahre oder älter war.

Da die im Folgenden präsentierten Ergebnisse auf einer Zufallsstichprobe beruhen, sind die genannten Zahlen Schätzwerte für die Hamburger Bevölkerung. Der tatsächliche oder wahre Wert liegt mit einer Wahrscheinlichkeit 95% in einem bestimmten Bereich um den hier jeweils berichteten Wert; dem sogenannten Konfidenz- bzw. Vertrauensintervall.

Die Breite dieses Intervalls ist abhängig von der Anzahl der Befragten und dem bei der Befragung ermittelten Prozentwert. Für die hier befragten 468 Personen sind das folgende Intervalle:

- bei einem berichteten Wert von 50%: rund $\pm 4,5\%$, der wahre Wert liegt also mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zwischen 45,5% und 54,5%
- bei einem berichteten Wert von 25%: rund $\pm 3,9\%$,
- bei einem berichteten Wert von 10%: rund $\pm 2,7\%$
- bei einem berichteten Wert von 5%: rund $\pm 2,0\%$

Die Berücksichtigung dieser Konfidenzintervalle ist vor allem dann wichtig, wenn Vergleiche vorgenommen werden: So kann man nicht mit Sicherheit auf einen tatsächlichen Unterschied in der Bevölkerung Hamburgs schließen, wenn sich – wie in Tabelle 3 berichtet – die Piraten (6,1%) und die Linkspartei (4,5%) um 1,5 Prozentpunkte voneinander unterscheiden. Das Vertrauensintervall der Piraten reicht von 4,1% bis 8,1%, das der Linkspartei von 2,5% bis 6,5%. Beide Intervalle überschneiden sich deutlich, lassen also nicht mit Sicherheit den Schluss zu, dass die bei den Befragten in der Stichprobe beobachtete Differenz auch in der Gesamtbevölkerung vorhanden ist. Auch die Aussage, dass die Linkspartei im Moment nicht in die Bürgerschaft einziehen würde, ist daher kritisch zu bewerten, da ein großer Teil des Vertrauensintervalls für den Schätzwert der Linken über der 5%-Grenze liegt. Vergleicht man dagegen Grüne (21,5%) und Piraten (6,1%) miteinander, so kann man sicher davon ausgehen, dass auch in der Gesamtbevölkerung die Grünen gegenwärtig deutlich höher in der Gunst der Wählerinnen und Wähler liegen also die Piraten.

2) Politische Stimmung

Hamburgs Politik steht vor großen Herausforderungen. Die Schuldenlast soll reduziert, politische Gestaltungsfähigkeit zurückgewonnen werden. Ein gutes Jahr nach den vorgezogenen Neuwahlen in Hamburg, die mit dem unerwarteten Triumph einer absoluten Bürgerschaftsmehrheit für die SPD und ihren Spitzenkandidaten – den heutigen Ersten Bürgermeister – Olaf Scholz endeten, wollten wir wissen, wie die aktuelle politische Stimmung in der Freien und Hansestadt ist; welche Themen den Hamburgerinnen und Hamburgern wichtig sind, welche nicht, und wie beliebt führende Politikerinnen und Politiker der in der Hamburger Bürgerschaft vertretenen Parteien sind. Wir haben die Sonntagsfrage gestellt: Wie würden die Bürgerinnen und Bürger wählen, wenn am nächsten Sonntag Bürgerschaftswahlen wären? Uns interessierte dabei auch, wie die Befragten ein Jahr nach der letzten Wahl und nach der Einführung des neuen Wahlrechts die Möglichkeiten dieses Wahlrechts nutzen würden.

Die dauerhafte politische Bindungskraft der beiden Volksparteien SPD und CDU nimmt – wie die anderer traditioneller Großorganisationen – ab. Eine stetig ansteigende Anzahl von Wählerinnen und Wählern entscheidet sich kurzfristig, aufgrund bestimmter Themenpräferenzen oder wegen eines bestimmten Kandidaten/einer Kandidatin, für oder gegen die Wahl einer Partei.³ Zusätzlich unterscheiden die Wählerinnen und Wähler zwischen Wahlen auf Landes- und Bundesebene, was die Volatilität des Wahlverhaltens weiter verstärkt.⁴ Auch in der Freien und Hansestadt haben wir beobachtet, dass ein Drittel der Wählerinnen und Wähler ausdrücklich auf Dauer keiner politischen Partei zuneigt: 34% der Bürgerinnen und Bürger fühlen sich nicht fest an eine bestimmte Partei gebunden. Trotzdem lässt sich Hamburg weiterhin als eine strukturell der SPD zugeneigte Stadt bezeichnen⁵: 28% der Hamburgerinnen und Hamburger fühlen sich der Sozialdemokratischen Partei dauerhaft verbunden (vgl. Tabelle 1). Die ehemaligen

³ Siehe etwa Schoen (2003) oder Arzheimer/Schoen (2005).

⁴ Vgl. Völkl et al. (2008).

⁵ Siehe Abold (2008).

Partner der schwarz-grünen Koalition, CDU (15%) und GRÜNE⁶ (12%) erreichen gemeinsam nicht die Bindungskraft der Sozialdemokraten in Hamburg.

Tabelle 1: Parteibindung

	Parteibindung
SPD	28%
CDU	15%
Die Grünen	12,1%
Die Linke	2,5%
FDP	4%
Piratenpartei	2,2%
NPD	0,2%
Andere, und zwar:	0,7%
Nein	33,9%
Nicht wahlberechtigt	1,3%
Gesamt	n=446

Frage: Und jetzt zu den politischen Parteien. In Deutschland neigen viele Leute längerer Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie - ganz allgemein – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?

Die derzeitige Bürgerschaft wurde im Februar 2011 nach einem neuen Wahlrecht bestimmt; insgesamt zehn Stimmen konnten dabei von den Wählerinnen und Wählern kumuliert und panaschiert werden: „Fünf Wahlkreisstimmen für Kandidaten im Wahlkreis, fünf Landesstimmen für Kandidaten auf den Landeslisten oder für Landeslisten in ihrer Gesamtheit.“⁷

⁶ Der Landesverband der Partei „Bündnis 90/Die Grünen“ trug in Hamburg lange Zeit den Namen „Grüne Alternative Liste (GAL)“. Während unserer Befragung erfolgte offiziell die Umbenennung in „Bündnis 90/Die Grünen“. Im Folgenden verwenden wir immer diese aktuelle Bezeichnung.

⁷ Siehe Behörde für Inneres und Sport/Landeswahlleiter (2011).

Die Möglichkeit der Stückelung der fünf Landesstimmen zwischen den Landeslisten der Parteien sowie Listenkandidaten ist eine Besonderheit des Hamburger und des Bremer Wahlrechts. Vor und auch nach den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft im Februar 2011 gab es deshalb eine lebhafte öffentliche Debatte darüber, ob das neue Wahlsystem zu kompliziert für die Hamburgerinnen und Hamburger sei, und ob die Wählerinnen und Wähler es überhaupt verstehen und differenziert nutzen würden.⁸ Bereits eine am Wahltag durchgeführte nichtrepräsentative Befragung von Wählenden und Nichtwählenden berichtete, dass die neuen Möglichkeiten zur Verteilung von Stimmen auf mehrere Parteien, Listen und Kandidaten, durchaus verstanden und angewendet worden sei; und dass Nichtwählerinnen und Nichtwähler nicht aufgrund des neuen Wahlrechts von einer Wahlbeteiligung Abstand genommen hätten.⁹ Auch die Wahlanalyse des Statistikamtes Nord kam nach Analyse des tatsächlichen Wahlverhaltens am 20. Februar 2011 zu dem Schluss, dass das neue Wahlrecht gut verstanden und angewendet worden sei.¹⁰ Anderthalb Jahre nach der ersten Anwendung des neuen Wahlrechts können wir ebenfalls und weiterhin beobachten, dass die deutliche Mehrheit der Hamburger Wählerinnen und Wähler (57%) ihre fünf Landesstimmen, die über die Sitzverteilung in der Bürgerschaft entscheiden, auf verschiedene Parteien aufteilen würden, wenn am nächsten Sonntag Bürgerschaftswahlen wären. Uns erscheint es folgerichtig, dass Wählerinnen und Wähler, die sich in wachsender Zahl nicht dauerhaft an bestimmte Parteien und Programme gebunden fühlen, aktiv die Möglichkeit nutzen, ihre Stimme(n) so differenziert wie möglich zwischen den Angeboten der Parteien, vor allem orientiert an Kandidaten und Themen, zu verteilen.

Die deutliche Mehrheit der Hamburger Wahlbevölkerung (44%) würde ihre fünf Landesstimmen zudem zwischen einzelnen Kandidaten und Gesamtlisten der Parteien verteilen. Das neue Wahlrecht würde also auch und gerade in seiner „kompliziertesten“ Form aktiv bei der nächsten Wahl zur Bürgerschaft als Möglichkeit genutzt, die eigenen politischen Präferenzen so differenziert, wie durch das neue Wahlrecht ermöglicht, auszudrücken.

8 Siehe Horst (2011).

9 Siehe Jakobeit et al. (2011).

10 Vgl. Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2011: 4).

Tabelle 2: Listen- oder Personenwahl

	Stimmvergabe
Einzelnen Kandidaten und Gesamtlisten	44%
Gesamtlisten	33%
Einzelnen Kandidaten	23%
Gesamt	n=392

Frage: Sie können Ihre Stimmen bei der Bürgerschaftswahl ja entweder einzelnen Kandidaten oder der gesamten Liste der Parteien geben. Würden Sie generell...

a) ... Ihre Stimme sowohl einzelnen Kandidaten als auch Gesamtlisten geben?; b) ... Ihre Stimme einer oder mehrerer Gesamtlisten von Parteien geben?; c) ... Ihre Stimmen einzelnen Kandidaten geben?

Diejenigen Wählerinnen und Wähler, welche die Gesamtzahl ihrer Stimmen einer einzelnen Partei geben würden, haben wir gefragt, welche Partei das wäre. Es zeigte sich, dass diese Gruppe von den Wählerinnen und Wählern der beiden großen Parteien SPD und CDU dominiert wird. 47% der Personen aus dieser Gruppe würden SPD und weitere 29% CDU wählen. Von der Möglichkeit des Kumulierens und Panaschierens der Landestimmen profitieren vor allem die Grünen. Der Anteil der Piratenpartei verändert sich im Aggregat aller Stimmen der Wählerinnen und Wähler kaum, die Partei liegt in beiden Zählweisen bei etwa 6% der Stimmen, das Gleiche gilt für die Linkspartei (rund 5%). Anhänger dieser Parteien tendieren offenbar zu einer eindeutigen Wahlentscheidung für „ihre“ Partei.

Wie hätten die Bürgerinnen und Bürger nun gewählt, wenn im Sommer Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft stattgefunden hätten?¹¹ Die SPD hätte mit 42% den Nennungen im Vergleich zum ungewöhnlich hohen Ergebnis bei der Bürgerschaftswahl 2011 (48,4%) rund 6 Prozentpunkte verloren, bleibt aber mit deutlich über 40 Prozent der Stimmen unangefochten dominierende politische Kraft in Hamburg (vgl. Tabelle 3). Die CDU hält in etwa das (niedrige) Niveau der Bürgerschaftswahl. Rund 21% der Befragten gaben ihre „Stimme“ der CDU, bei der letzten Wahl waren es 21,9%. Die Union kann bislang offenbar nicht vom Abschmelzen der absoluten Mehrheit der SPD profi-

¹¹ Die Ergebnisse spiegeln die Wahlabsicht der Hamburgerinnen und Hamburger zum Ende der parlamentarischen Sommerpause 2012 wider.

tieren. Den Christdemokraten in Hamburg ist es offenbar seit dem Abtritt des bei der Hamburger Bevölkerung sehr beliebten Ex-Bürgermeisters Ole von Beust noch nicht gelungen, wieder ein klares Profil zu gewinnen, mit dem sie der dominanten SPD die Stirn bieten kann. Die CDU verharret, anders als ihr ehemaliger Koalitionspartner, auf einem niedrigen Niveau der Wählergunst. Die Hamburger Grünen dagegen würden heute ihren Stimmenanteil im Vergleich zu den auch für sie unerwartet desaströsen Bürgerschaftswahlverlusten vom 20. Februar 2011 (11,2%) auf

Tabelle 3: Stimmverteilung insgesamt

	Stimmenanteil	Ergebnis Bürgerschaftswahl Februar 2011 ¹²
CDU	20,8%	21,9%
SPD	42%	48,4%
Die Grünen	21,5%	11,2%
Die Linke	4,5%	6,4%
FDP	4,4%	6,7%
Piratenpartei	6,1%	2,1%
NPD	0,1%	0,9%
Andere	0,7%	2,4%
Gesamt	n=1631¹³	

rund 22% der Wählerstimmen nahezu verdoppeln. FDP und Die LINKE müssten mit jeweils rund 5% der Stimmen um den Wiedereinzug in die Bürgerschaft bangen. Die in der Einleitung erläuterte statistische Unsicherheit bei Umfrageergebnissen lässt hier

¹² http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standdocuments/Wahlanalyse_2011_Gesamt_A4_Internet.pdf (Seite 1 f.)

¹³ „n“ bezieht sich in diesem Fall auf einzelne Stimmen, wobei jeder Befragte entsprechend dem Wahlrecht 5 Stimmen vergeben konnte. Nicht alle Stimmen wurden verteilt. Die 1631 Stimmen verteilen sich auf 330 Personen, die mindestens eine Stimme vergeben haben.

einen sicheren Schluss aber weder in die eine noch in die andere Richtung zu. Die Piratenpartei wäre mit rund 6% der Stimmen erstmals in die Hamburger Bürgerschaft eingezogen.

Die Bewertung von fünf Spitzenpolitikerinnen und -politikern der in der Hamburger Bürgerschaft vertretenen Parteien weist aus, dass die aktuelle Dominanz der Sozialdemokraten im Hamburger Landesparlament auch mit den höchsten Zufriedenheitswerten für einen Hamburger Spitzenpolitiker einhergeht: Mit der politischen Arbeit des amtierenden sozialdemokratischen Ersten Bürgermeisters Olaf Scholz sind 13% der Hamburgerinnen und Hamburger „sehr zufrieden“, und insgesamt bewerten 82% der Hamburgerinnen und Hamburger, die ihn kennen (90%), seine Arbeit auf einer Skala von -5 bis +5 mit einem positiven Wert. Nur 2% der Bürgerinnen und Bürger sind mit der Arbeit von Olaf Scholz gar nicht zufrieden und insgesamt bewerten lediglich 8% der Hamburgerinnen und Hamburger seine politische Arbeit überhaupt als negativ (vgl. Tabelle 4).

Die Bewertungen der Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker der anderen in der Bürgerschaft vertretenen Parteien fallen gegenüber den Werten für den Sozialdemokraten Scholz deutlich ab. Positive Bewertungen der politischen Arbeit erhalten Dietrich Wersich (CDU) von 50% der Befragten, Katharina Fegebank (GRÜNE) von 49%, Dora Heyenn (LINKE) von 44% und Katja Suding (FDP) von 39% der Befragten. Gleichzeitig sind die genannten Personen, allesamt Führungspersonen der Oppositionsparteien in der Bürgerschaft, nur bei knapp der Hälfte der Hamburgerinnen und Hamburger überhaupt bekannt.

Jeweils weniger als die Hälfte der Hamburgerinnen und Hamburger kennen bei telefonischer Nennung des Namens die von uns zur Bewertung genannten Politikerinnen und Politiker der Hamburger Oppositionsparteien. Dass Olaf Scholz seinen Vorteil des Amtsbonus als Erster Bürgermeister durch seine politische Arbeit für die nächste Wahl zu festigen und auszubauen scheint, wiegt umso schwerer gegen die Opposition, als fast alle Hamburgerinnen und Hamburger (89%) den SPD-Bürgermeister auch kennen und sich in der Lage sehen, seine politische Arbeit zu bewerten. Der auch bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft zu beobachtende Trend zur Personalisierung von Wahlen, in Hamburg zuletzt insbesondere verbunden mit der charismatischen Gestalt Ole

von Beusts, kann nach unseren Beobachtungen gegenwärtig vor allem von Olaf Scholz und der SPD genutzt werden.

Tabelle 4: Bewertung Politikerinnen und Politiker

	Olaf Scholz	Katharina Fegebank	Dietrich Wersich	Dora Heyenn	Katja Suding
+5	13%	3%	2%	2%	3%
+4	16%	7%	5%	6%	4%
+3	27%	16%	15%	13%	12%
+2	19%	15%	19%	15%	10%
+1	7%	9%	10%	8%	9%
0	10%	26%	19%	24%	21%
-1	1%	6%	5%	4%	6%
-2	2%	5%	7%	6%	8%
-3	1%	5%	7%	7%	7%
-4	1%	3%	4%	7%	7%
-5	2%	6%	7%	7%	12%
Durchschnittliche Bewertung	2,3	0,5	0,3	0	-0,3
Gesamt¹⁴	n=415	n=189	n=218	n=203	n=233

Frage: Und wie zufrieden sind Sie mit der politischen Arbeit der Hamburger Spitzenpolitiker? Bitte stellen Sie sich eine Skala mit den Stufen von +5 bis -5 vor. Die Stufe +5 bedeutet "Sehr zufrieden" und die Stufe -5 bedeutet "Gar nicht zufrieden". Mit den Zahlen zwischen +5 und -5 können Sie Ihre Antwort noch abstufen. Wie zufrieden sind sie mit der politischen Arbeit von...

¹⁴ Die stark schwankende Zahl der Befragten kommt durch die Bekanntheit der Politiker zustande. Befragte, die die Politikerin oder den Politiker nicht kannten, sind hier heraus gelassen worden. Die Prozentwerte beziehen sich jeweils auf die in der letzten Zeile genannte Anzahl an Befragten.

Gleich zu Beginn unseres Interviews haben wir die Hamburgerinnen und Hamburger ohne Antwortvorgaben nach den derzeit aus ihrer persönlichen Sicht wichtigsten Problemen Hamburgs gefragt; maximal konnten drei Probleme genannt werden. Über die Hälfte der Hamburgerinnen und Hamburger (52%) sieht dabei die größten aktuellen Probleme im Bereich der städtischen Infrastruktur (vgl. Tabelle 5); im Einzelnen wurden die Problembereiche Verkehr, Baustellen, ÖPNV, Stadtentwicklung,

Tabelle 5: Wichtige Probleme in Hamburg

	Wichtiges Problem
Infrastruktur	52%
Erziehung und Bildung	37%
Soziale Probleme	35%
Wohnraum	32%
Kultur und Tourismus	18%
(nur Elbphilharmonie)	(15%)
Haushalt	14%
Umwelt	6%
Sonstiges	7%
Keine Probleme	1%
Gesamt	n= 431

Offene Frage zu Beginn des Telefoninterviews: Was sind Ihrer Meinung nach gegenwärtig die wichtigsten Probleme in Hamburg? (Mehrfachnennungen möglich)

Kategorien: a) Infrastruktur (Verkehr, ÖPNV, Stadtentwicklung, Straßenreinigung, Elbvertiefung, Stromversorgung, Krankenhaus); b) Erziehung und Bildung; c) Soziale Probleme (Vermögensverteilung, Kriminalität, Armut, Integration der Ausländer, Arbeitslosigkeit, soziale Initiativen); d) Wohnsituation, Wohnungsmarkt; e) Kultur und Tourismus (Elbphilharmonie); f) Haushalt (Schulden, Sparprogramm, Banken); g) Umwelt; h) Sonstiges (Bürgernähe der Verwaltung, Gesundheitspolitik, Bürgerbeteiligung, Wahlsystem, Öffentlichkeitsarbeit); i) Keine Probleme

Straßenreinigung, Elbvertiefung, Stromversorgung, Krankenhaus, Hamburg als Wirtschaftsstandort benannt. Ein Problem wurde spontan derart prominent von den Bürge-

rinnen und Bürgern angesprochen, dass wir dieses Einzelphänomen gesondert kategorisiert und ausgezählt haben: die Elbphilharmonie (15%). Der „Hafen“, wichtigster Investitions- und Handlungsbereich der amtierenden SPD-Regierung im Bereich der Infrastruktur und prominentes Thema im SPD-Wahlprogramm 2011, wurde dagegen bei dieser Frage von den Hamburgerinnen und Hamburgern kaum als Problem erwähnt. Ganz im Gegensatz zu einem zweiten bedeutsamen Wahlkampfthema der Sozialdemokraten: Das Thema „Wohnsituation und Wohnungsmarkt“ betrachtet fast ein Drittel der Bürgerinnen und Bürger (32%) als wichtigstes aktuelles Problem der Stadt. Während also im Hafen für die Hamburgerinnen und Hamburger aktuell kein Problemdruck erkennbar ist, sind Lösungen der Wohnraumprobleme aus ihrer Sicht weiterhin dringend erforderlich. 14% der Bürgerinnen und Bürger Hamburgs benennen zudem Haushaltsprobleme wie „Schulden“, „Sparprogramm“, „Steuern“, „Banken“ als derzeit wichtigste Problematik in Hamburg.

Vor dem Hintergrund der vom Hamburger Senat für verschiedene Bereiche angekündigten Sparpolitik wollten wir von der Bevölkerung der Freien und Hansestadt wissen, wie stark ihrer Meinung nach vom Senat in einzelnen Politikbereichen gespart werden solle. Wenig überraschend, aber vor allem für die im Vergleich der Bundesländer schlecht versorgten Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft kritisch, ist das starke Verlangen der Hamburgerinnen und Hamburger bei „den Politikern, ihren Diäten und Altersbezügen“ zu sparen (79%, vgl. Tabelle 6). Wollte man die Diäten der Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten, gegenwärtig ca. 2.500 Euro monatlich, auch nur moderat erhöhen, um sich vom „Feierabend- und Freizeitparlamentarismus“ verabschieden zu können, dann bedürfte ein entsprechendes Vorhaben sicher einer ausführlichen öffentlichen Diskussion und des sachlichen Vergleichs mit anderen Landesparlamenten.

Bei Bildung und Erziehung soll nach Meinung der Hamburgerinnen und Hamburger möglichst gar nicht gekürzt werden. 97% der Befragten sehen bei den Kindergärten und 96% bei den Schulen allenfalls geringes Kürzungspotenzial, und 91% meinen, dass im Bereich Wissenschaft und Forschung wenig bis überhaupt nicht gespart werden soll. Insgesamt sollte aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger überhaupt nur wenig und moderat in den verschiedenen Politikbereichen gespart werden. Am meisten möchten sie bei den öffentlich Bediensteten und eben den Politikerbezügen kürzen. Gewisse Einsparmöglichkeiten erkennen die Hamburgerinnen und Hamburger außerdem in den

Bereichen „Stadtentwicklung“ (30%) und „Kultur“ (25%). Hier haben die Befragten – die Daten aus Tabelle 5 legen eine solche Interpretation durchaus nahe – möglicherweise vor allem die Elbphilharmonie im Sinn.

Tabelle 6: Politikbereiche mit Kürzungspotenzial

	Sehr stark	Stark	Wenig	Überhaupt nicht	Gesamt
Politiker, ihren Diäten und Altersbezügen	36%	43%	18%	3%	n=442
Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst	9%	33%	44%	14%	n=423
Zuschüssen für Arbeitslose und Hartz IV-Empfänger	6%	15%	46%	33%	n=428
öffentlicher Personennahverkehr	2%	7%	50%	41%	n=439
Umweltschutz	3%	8%	49%	40%	n=441
Stadtentwicklung	5%	26%	51%	18%	n=423
Kulturbereich	3%	21%	52%	24%	n=442
Wissenschaft und Forschung	2%	8%	45%	45%	n=444
Kindergärten und Kindertagesstätten	2%	2%	28%	68%	n=448
Schulen	2%	2%	27%	70%	n=447

Frage: Ich lese Ihnen jetzt einige Politikbereiche vor. Sagen Sie mir bitte, wie stark in diesen Bereichen jeweils gespart werden sollte: Sehr stark, Stark, Wenig oder Überhaupt nicht.

Bereiche: a) bei den Politikern, ihren Diäten und Altersbezügen; b) bei den Stellen der Beamten und Angestellten im öffentlichen Dienst; c) bei den Zuschüssen für Arbeitslose und Hartz IV-Empfänger; d) beim öffentlichen Personennahverkehr, bei Bussen, S- und U-Bahnen; e) beim Umweltschutz; f) bei der Stadtentwicklung; g) im Kulturbereich; h) bei Wissenschaft und Forschung; i) bei Kindergärten und Kindertagesstätten; j) bei den Schulen

3) Einstellung zum Klimawandel

Im vergangenen Jahr war Hamburg europäische Umwelthauptstadt. Die möglichen Folgen des Klimawandels für die Stadt, von Flutkatastrophen über Starkregen bis hin zu sommerlichen Hitzewellen, wurden umfangreich und ausführlich thematisiert. Ein Jahr später befragten wir die Bürgerinnen und Bürger zu ihrer Wahrnehmung des Klimawandels und zu möglichen Konsequenzen, die sich daraus für ihre Erwartungen im Hinblick auf die Energieversorgung ergeben. Diese Fragen knüpfen an eine umfassende repräsentative Befragung der deutschen Wohnbevölkerung an, die im Frühjahr 2011 mit Mitteln des Exzellenzclusters CliSAP (Integrated Climate System Analysis and Prediction) durchgeführt wurde. In der damaligen Befragung wurden Fragen zur Einschätzung des globalen Klimawandels und seiner regionalen und lokalen Auswirkungen gestellt. Außerdem wurde nach den Präferenzen für die Art der Energieversorgung und nach der eigenen Partizipation in politischen Entscheidungsverfahren gefragt. Da in der bundesweiten Befragung nicht die Parteienfrage gestellt werden konnte, war es von besonderem Vorteil, einen kleinen Ausschnitt des Fragebogens in den Hamburg-BUS eingliedern zu können. Das ermöglicht zahlreiche Vergleichsfragen und die Diskussion der Hamburger Ergebnisse vor dem Hintergrund der bundesweiten Befragung. Bereits in der ersten Studie zeigte sich, dass kulturelle Variablen einen starken Einfluss auf die Wahrnehmung des Klimawandels haben. Im Hamburg-BUS kann nun auch gezeigt werden, dass die Wahrnehmung des Klimawandels und der damit verbundenen Fragen zum Thema Energie deutlich mit den Parteipräferenzen variieren.

Die klimabezogenen Fragen im Hamburg-BUS begannen mit der Frage, inwiefern der Klimawandel ein ernsthaftes Problem darstellt. 69% der Befragten stimmen der Aussage voll und ganz zu, dass der Klimawandel ein ernsthaftes Problem darstellt und weitere 18% stimmen dieser Aussage eher zu (vgl. Tabelle 7). Schaut man auf die Wählerschaft der einzelnen Parteien, werden Unterschiede deutlich. So sind 82% der Wählerinnen und Wähler der Linkspartei voll und ganz der Meinung, dass der Klimawandel ein ernsthaftes Problem ist; bei SPD, Grünen und Piraten sind es je 75%. In der Wählerschaft der FDP liegt die volle Zustimmung zu dieser Aussage bei 66% und bei den Wählern der CDU bei 55%. 94% der Befragten stimmten der Aussage voll und ganz oder eher zu, dass der Mensch der Umwelt ernsthaften Schaden zufügt. Die Wählerinnen und Wähler

Tabelle 7: Klimaaussagen

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Weder noch	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Gesamt
Der Klimawandel ist ein ernstes Problem	69%	18%	5%	7%	1%	n=442
Mensch schadet Umwelt	72%	22%	2%	3%	1%	n=441
Hauptverursacher des Klimawandels sind Industrieländer	22%	30%	14%	24%	11%	n=438
Abwendbarkeit des Klimawandels	19%	27%	13%	28%	13%	n=422
sofortiger Handlungsbedarf bei Klimawandel	66%	19%	8%	5%	2%	n=442
Vertrauen in Klimaforschung	14%	40%	19%	21%	7%	n=426
Ausmaß der ökologischen Krise übertrieben	10%	17%	18%	31%	25%	n=439

Frage: Wie stark stimmen Sie den folgenden Aussagen zum Thema Umwelt und Klima zu? Bitte sagen Sie mir: Stimme voll und ganz zu, Stimme eher zu, Weder noch, Stimme eher nicht zu, Stimme überhaupt nicht zu.

Aussagen: a) Der Klimawandel ist ein ernstes Problem; b) Der Mensch fügt der Umwelt ernsthaften Schaden zu; c) Hauptverursacher des Klimawandels sind Industrieländer wie Deutschland; d) Wenn man sofort handelt, lässt sich ein Klimawandel noch abwenden; e) Es ist wichtig, möglichst bald etwas gegen den Klimawandel zu tun; f) Man kann den Klimaforschern vertrauen; g) Das Ausmaß der so genannten ökologischen Krise für die Menschheit wird stark übertrieben.

verschiedenen Parteien unterscheiden sich bei der Beantwortung dieser Frage lediglich in der Deutlichkeit ihrer Zustimmung. So stimmen 60% der CDU-Wählerschaft der ge-

nannten Aussage voll, weitere 31% stimmen ihr eher zu. Bei der Wählerschaft der Grünen liegt die volle Zustimmung bei 79%, eher Zustimmung findet diese Aussage bei 19% der Befragten, die grün wählen würden.

Als Hauptverursacher für die Klimaprobleme werden von einer knappen Mehrheit der Befragten die Industrieländer identifiziert. Insgesamt stimmen 52% der Befragten der Aussage voll und ganz oder eher zu, dass hauptsächlich Industrieländer den Klimawandel verantworten. Hier sehen wir deutlichere Differenzen zwischen den Parteien als bei den vorangegangenen Fragen. So sind 91% der Links wählenden Befragten ganz oder teilweise der Meinung, dass diese Aussage zutrifft. Bei den Grünen sind 73% der Befragten dieser Meinung, während es bei den Piraten nur 44% und bei der CDU 32% der Befragten sind.

Eine große Mehrzahl der Befragten (86%) stimmt der Aussage zu, dass sofort gehandelt werden müsse, wenn man den Klimawandel noch abwenden wolle. Hier finden wir stärkere Unterschiede zwischen den Parteien. Bei der Linkspartei sehen 90% der Befragten einen sofortigen Handlungsbedarf, bei den Piraten sind es 81%, bei den Grünen 77%. Weniger dringlich wird die Situation von den Wählern der CDU eingeschätzt, von denen 53% der Aussage zustimmen, dass sofort gehandelt werden muss. In der Wählerschaft der FDP stimmen dieser Aussage noch 44% zu.

Ein großer Teil der Befragten ist wenig optimistisch, was die Abwendbarkeit des Klimawandels angeht. So glauben nur 46% voll und ganz oder eher, dass der Wandel noch verhindert werden kann. Gleichwohl sind 85% der Befragten überzeugt, dass möglichst schnell etwas gegen den Klimawandel getan werden sollte. Die Wählerschaften der Parteien unterscheiden sich in dieser Einschätzung nur wenig.

Befragt nach der Zuverlässigkeit der vorliegenden Erkenntnisse über den Klimawandel äußert die Mehrheit der Befragten Vertrauen in die Klimaforschung. Lediglich 27% der Befragten glauben, dass das Ausmaß der ökologischen Gefährdung übertrieben würde. Dementsprechend vertrauen 54% der Befragten der Klimaforschung voll und ganz oder eher, allerdings erneut mit größeren Differenzen zwischen den Parteien. So vertrauen ca. 58% der SPD-Wählerinnen und Wähler den Klimaforschern, von den Piratinnen und Piraten haben dieses Vertrauen 56%, bei den Grünen sind es noch 53%. Die Klientel der Linkspartei traut der Klimaforschung zu 50% und die der CDU zu 47%. Besonders kri-

tisch ist die Wählerschaft der FDP eingestellt: Kein einziger befragter FDP-Wähler traut der Klimaforschung voll und ganz und nur 33% der liberal wählenden Personen trauen ihr zumindest eher.

Befragt nach den potenziellen Folgen des Klimawandels, blicken die Hamburgerinnen und Hamburger mit besonderer Sorge aufs Wasser (vgl. Tabelle 8). Über die Hälfte der Befragten (55%) befürchtet eine Zunahme der Zahl der Sturmfluten und weitere 27% sehen eine wachsende Bedrohung durch Überschwemmungen. Dürren und Hitzewellen werden dagegen kaum als Bedrohung für Hamburg wahrgenommen. Unterschiede zwischen den Parteien existieren in dieser Einschätzung so gut wie nicht.

Tabelle 8: Schwerste Folge des Klimawandels

	Schwerste Folge
Sturmfluten	55 %
Überschwemmungen	27 %
Starkregen	7 %
Stürme	4 %
Dürren	3 %
Hitzewellen	1 %
Waldbrände	1 %
Hagel	1 %
Gesamt	n=419

Frage: Ich lese Ihnen einige mögliche Folgen des Klimawandels vor. Was davon wäre Ihrer Meinung nach für Hamburg das Schlimmste?

Nachdem wir die Einschätzung der Klimagefahr erfahren hatten, wollten wir wissen, was die befragten Einwohnerinnen und Einwohner tun. Dazu sollten die Befragten von fünf Zielen, die man bei der Energiegewinnung haben kann, die zwei nennen, die Ihnen am wichtigsten sind. 61% der Befragten gaben als eine der beiden Antworten an, dass

der Klimaschutz ein Ziel bei der Herstellung von Energie sein soll und 55% betonten das Ziel einer effizienten Nutzung der Energie (vgl. Tabelle 9). Versorgungssicherheit spielte für 41% der Befragten eine Rolle. Dass die Energiegewinnung vorrangig der Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland dienen müsse, denken 25% der Befragten. Die Erzielung eines niedrigen Strompreises stellten nur 19% der Befragten in den Mittelpunkt.

Tabelle 9: Energieproduktion

	Antwort 1 o. 2
Klimaschutz	61%
Effiziente Nutzung	55%
Dauerhafte Versorgungssicherheit	41%
Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland	25%
Niedriger Preis	19%
Gesamt	n₁=431 n₂=402

Frage: Und wie genau sollte Energie Ihrer Meinung nach produziert werden? Ich lese Ihnen verschiedene Möglichkeiten vor. Sagen Sie mir bitte, welche beiden dieser Möglichkeiten für Sie ganz persönlich bei der Energieproduktion am wichtigsten sind.

Schaut man auf Differenzen zwischen den Wählerschaften der Parteien wird deutlich, dass die Wählerinnen und Wähler je nach Parteineigung unterschiedliche Schwerpunkte bei den Zielen setzen, die mit der Energieproduktion verbunden werden sollen. So sind 95% der Linkswähler sowie 81% der Grün- und 66% der Wählerinnen und Wähler der Piraten der Ansicht, dass Energie mit Blick auf den Klimaschutz produziert werden sollte. Ähnlich stark betonen die Wählerinnen und Wähler von Piraten und Grünen die effiziente Nutzung von Energie (75% und 70%). Nur geringe Parteiunterschiede gibt es bei dem Ziel der Sicherung einer dauerhaften Versorgung. Hier bewegen sich alle Parteien um die oben genannten 41%. Lediglich bei den Wählerinnen und Wählern der Piraten wird dieses Ziel mit nur 7% der Nennungen, als eher unwichtig eingeschätzt. Starke Differenzen gibt es beim Ziel der Standortsicherung: 55% der FDP-Anhänger

nennen diesen Aspekt als wichtiges Ziel bei der Energieerzeugung. Dagegen sehen das nur 12% der Wählern und Wähler der Grünen so, und keine befragte Person, die angab, die Linkspartei zu wählen, hat dieses Ziel genannt. Beim Preisziel unterscheiden sich lediglich die Anhängerinnen der Grünen, von denen der anderen Parteien. Während im Mittel ca. 20% der Befragten niedrige Preise als wichtiges Ziel bei der Energieproduktion ansehen, sind es bei den Grünen nur knapp 10%.

Tabelle 10: Stromanbieterwechsel

	Wechsel
Nein	41%
Einmal	36%
Mehrmals	24%
Gesamt	N=442

Frage: Nun wüssten wir gern, ob Sie schon einmal Ihren Stromanbieter gewechselt haben und falls ja, einmal oder mehrmals?

Mit dem nächsten Frageblock wollten wir ermitteln, ob und warum Haushalte ihren Stromanbieter gewechselt haben. Die Mehrheit der befragten Haushalte, nämlich 60%, hat bereits ein- oder mehrmals den Stromanbieter gewechselt (Tabelle 10). Am wechselfreudigsten sind die Wählerschaften der Grünen, der Linkspartei und der Piraten. Jeweils rund 75% dieser Haushalte haben bereits ein- oder mehrmals den Stromanbieter gewechselt. Bei der Anhängerschaft der FDP sind das 66%, bei SPD und CDU jeweils etwa die Hälfte der Befragten.

Für diese Wechsel gab es unterschiedliche Gründe, einige Haushalte gaben auch mehrere Gründe an. So wechselten 51% der Haushalte den Stromanbieter aus Preisgründen. 49% der Haushalte legten Wert auf eine ökologische Erzeugung des Stroms und suchten aus diesem Grund einen neuen Anbieter (vgl. Tabelle 11). Wegen der Verbesserung des Service wechselten 11% der Haushalte, und 17% aus anderen Gründen.

Schließlich konnten wir feststellen, dass die Hamburgerinnen und Hamburger nicht nur von der Notwendigkeit reden, etwas gegen den Klimawandel zu tun, sie werden auch selbst aktiv. Nur 23% der befragten Haushalte beziehen gar keinen Ökostrom. Die Hälfte bezieht zumindest zum Teil Ökostrom und 28% der Haushalte verfügen über

einen Stromtarif, der rein auf Ökostrom basiert. Gar keinen Ökostrom beziehen 38% der Befragten, die die FDP gewählt haben, jeweils ca. 25% der Wählerinnen und Wähler von SPD und CDU, 15% der Grünwählerschaft, 13% der Wählerinnen und Wähler der Linkspartei und 9% der Piratinnen und Piraten.

Tabelle 11: Gründe Stromanbieterwechsel

	Grund trifft zu
Preis	51%
Ökologische Stromerzeugung	49%
Service	11%
Andere Gründe	18%
Gesamt	n=263

Frage: Was waren die Gründe für Ihren Wechsel des Stromanbieters? (Mehrfachnennungen möglich)

4) Wohnen in Hamburg

Hamburg hat als wachsende Stadt vor allem das Problem, ausreichend Wohnraum bereitzustellen. Wir wollten daher wissen, wie zufrieden die Einwohner mit der gegenwärtigen Wohnsituation in ihren Stadtteilen sind. Wo fühlen sich die Hamburgerinnen und Hamburger wohl, wo ist das weniger der Fall? Wie wird die jeweilige Wohnumgebung bewertet? Und wie ist es um das Sicherheitsgefühl in den verschiedenen Stadtteilen bestellt?

Blickt man zunächst auf die Wohnsituation, so stellt man fest, dass eine große Mehrheit der Einwohner der Freien und Hansestadt mit ihrer Wohnsituation zufrieden oder sogar sehr zufrieden ist. So sind fast 90% der Befragten mit der Größe und 85% mit dem Zustand ihrer Wohnung zufrieden oder sehr zufrieden (vgl. Tabelle 12). Mit der Lage der Wohnung und ihrer Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr sind rund 90% der Befragten zufrieden bzw. sehr zufrieden. Selbst bei den Wohnausgaben fällt das Urteil recht positiv aus. Zwar sind nur 28% der Befragten mit den Wohnausgaben sehr zufrieden, nimmt man die Kategorien sehr zufrieden und zufrieden aber zusammen, so wird deutlich, dass drei Viertel der Befragten (75%) eine positive Einschätzung der Wohnausgaben haben. Ähnliches gilt für die Lärmbelastung, mit deren Grad insgesamt ca. 76% der Befragten mindestens zufrieden sind, 38% sind sogar sehr zufrieden.

Die Unterschiede zwischen den einzelnen Stadtbezirken sind eher gering. Die größte Zufriedenheit mit der Wohnungsgröße beobachteten wir in Eimsbüttel, Mitte und Nord, wo über 91% der Befragten mindestens zufrieden waren. Aber auch in Altona mit dem „schlechtesten“ Wert sind 85% der Befragten mit der Situation mindestens zufrieden. Die größte Unzufriedenheit mit dem Zustand der Wohnungen beobachteten wir in Harburg. Immerhin 21% der Harburgerinnen äußerten geringe oder gar keine Zufriedenheit mit dem Wohnungszustand. In Nord sind dagegen 91% der Einwohner mindestens zufrieden, also nur 9% wenig oder nicht zufrieden. Das Mietniveau wird in Harburg und Eimsbüttel am meisten kritisch betrachtet. Hier sind nur 70% und 73% der Einwohnerinnen mindestens zufrieden. In Mitte dagegen sind 83% der Befragten mit den Wohnkosten zufrieden oder sogar sehr. Die Zufriedenheit mit der Wohnlage liegt in allen Bezirken bei 90% und darüber. Die Zufriedenheit mit dem Nahverkehr fällt mit 85% der Befragten lediglich in Wandsbek deutlich unter die 90%. Die Lärmbelästigung

ist nach unseren Ergebnissen in Wandsbek und Mitte am größten. Hier äußern 29% und 27% der Befragten geringe oder keine Zufriedenheit mit dem Grad der Lärmbelastung.

Tabelle 12: Zufriedenheit mit Wohnsituation

	Sehr zu- frieden	Zufrieden	Weniger zufrieden	Gar nicht zufrieden	Gesamt
Größe	45%	44%	10%	2%	n=439
Zustand	42%	45%	12%	2%	n=439
Ausgaben	28%	47%	17%	7%	n=431
Lage	62%	31%	6%	1%	n=439
Anbindung an den ÖPNV	64%	28%	6%	3%	n=438
Lärmbelästigung	38%	38%	19%	6%	n=439

Frage: Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen zu den Wohnbedingungen in Ihrer derzeitigen Wohnung beziehungsweise in Ihrem derzeitigen Haus vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie damit: Sehr zufrieden, zufrieden, weniger zufrieden oder gar nicht zufrieden sind. Wie zufrieden sind Sie mit...?

Aussagen: a) der Größe Ihrer Wohnung; b) dem Zustand Ihrer Wohnung; c) den Ausgaben für Ihre Wohnung, also für die Miete oder die Kreditabzahlung [Gemeint ist die Warmmiete]; d) der Lage Ihrer Wohnung; e) der Anbindung Ihrer Wohnung an den öffentlichen Personennahverkehr; f) dem Grad der Lärmbelästigung in Ihrer Wohnung.

Im weiteren Verlauf des Interviews wollten wir wissen, welche Merkmale eine Wohngegend attraktiv machen. 90% der Befragten begrüßen es, wenn junge Leute in einem Viertel wohnen, weil sie mit ihren Ideen das Zusammenleben interessanter machen (vgl. Tabelle 13). 80% der Befragten stimmten der Aussage voll und ganz oder eher zu, dass es schön ist, wenn Hausfassaden renoviert werden und 75% sind eher oder voll und ganz der Meinung, dass neue Kneipen und Läden ein Viertel lebendiger machen. Der Aussage, dass aufwändige Modernisierungen den heutigen Bedürfnissen entsprechen, stimmen 62% der Befragten eher oder voll und ganz zu, 38% der Befragten lehnen diese Aussage eher ab. Dass ein Wohngebiet sich zu seinem Vorteil verändert, wenn mehr Gutverdiener dort wohnen, wird nur von 43% der Befragten als zutreffend eingeschätzt; mit 57% lehnt die Mehrheit diese Aussage eher ab. Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen schätzt nur ein knappes Drittel der Befragten als vorteilhaft

ein. Ähnlich verhält es sich mit der Aussage, dass „schicke Geschäfte“ für ein Wohngebiet wichtig wären. 25% der Befragten stimmen dieser Aussage zu, 71% der Befragten stehen dieser Aussage eher ablehnend gegenüber.

Tabelle 13: Wohnsituation – Attraktivität des Wohnortes

	Trifft voll und ganz zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft über- haupt nicht zu	Gesamt
Junge Leute	49%	41%	8%	2%	n=430
Hausfassaden	38%	42%	17%	2%	n=418
Kneipen und Läden	35%	41%	18%	6%	n=429
Aufwendige Modernisierungen	19%	43%	33%	6%	n=425
Gutverdiener	13%	30%	44%	12%	n=422
Umwandlung von Miet- in Eigentums- wohnung	11%	18%	43%	28%	n=401
Schicke Geschäfte	9%	18%	44%	29%	n=432

Frage: Ich lese Ihnen jetzt einige Aussagen zum Thema Wohnen vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob diese Aussage voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft oder überhaupt nicht zutrifft.

Aussagen: a) Junge Leute mit neuen Ideen machen das Zusammenleben interessanter; b) Es ist schön, wenn die Hausfassaden renoviert werden; c) Neue Kneipen und Läden machen ein Viertel lebendiger; d) Aufwendige Modernisierungen entsprechen den heutigen Ansprüchen; e) Wenn in einem Wohngebiet mehr gut Verdienende wohnen, verändert es sich zu seinem Vorteil; f) Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ist vorteilhaft; g) Schicke Geschäfte sind wichtig.

Eine weitere Frage betraf Einstellungen zum Wohneigentum und zum Wandel von Wohngebieten. Wir fragten zunächst nach der Einstellung zu der Aussage, dass alte Wohnviertel sich in ihrem Aussehen dem Wandel der Zeit anpassen müssen. Dieser Aussage stimmten 26% der Befragten voll und ganz oder eher zu, 75% lehnten die Aussage tendenziell oder generell ab (vgl. Tabelle 14). Die größte Zustimmung fand diese Aussage mit 35% der Befragten in Altona, am meisten abgelehnt wurde sie in Ham-

burg-Nord, wo 19% der Befragten der Aussage zustimmen, sie aber von 81% abgelehnt wurde.

Auch die Aussage, dass Personen, die sich hohe Mieten nicht mehr leisten können, in billigere Stadtteile ziehen sollten, wurde von einer deutlichen Mehrheit der Befragten (67%) abgelehnt. Die größte Bestätigung fand diese Aussage noch in Harburg und Wandsbek, wo ihr jeweils 41% der Befragten zustimmten. Auf die größte Ablehnung traf die Aussage in Eimsbüttel, Mitte und Nord. Hier stimmten ihr lediglich 26% bzw. 27% der Befragten zu, 84% bzw. 83% lehnten sie dagegen ab.

Schließlich wurde auch die Aussage, dass sich eine Eigentumswohnung kaufen solle, wer es sich leisten könne, von einer Mehrheit der Befragten (60%) abgelehnt. Die höchste Zustimmung fand diese Aussage in Wandsbek (48%) und Mitte (46%), die geringste Zustimmung in Harburg (34%).

Tabelle 14: Bewertung der Veränderung von Wohnlagen

	Stimme voll und ganz zu	Stimme eher zu	Stimme eher nicht zu	Stimme überhaupt nicht zu	Gesamt
Alte Wohnviertel	9%	17%	46%	28%	n=427
Hohe Mieten	10%	23%	33%	35%	n=419
Eigentumswohnungen	18%	21%	38%	22%	n=415

Frage: Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zum Thema Wohnen zu: Stimme voll und ganz zu, Stimme eher zu, Stimme eher nicht zu oder Stimme überhaupt nicht zu.

Aussagen: a) Alte Wohnviertel müssen sich in ihrem Aussehen dem Wandel der Zeit anpassen.; b) Wer die hohen Mieten nicht mehr zahlen kann, sollte sich eine Wohnung in billigeren Stadtteilen suchen.; c) Jeder, der es sich leisten kann, sollte sich eine Eigentumswohnung kaufen.;

Nun wollten wir wissen, wie die Einwohnerinnen und Einwohner ihre nähere Wohnumgebung einschätzen und wie der soziale Zusammenhalt in den Wohnquartieren eingeschätzt wird. Der Großteil der Befragten schätzt die Stadt als eher gepflegt und intakt ein. So sagen nur 13% der Interviewten, dass auf ihre Gegend die Aussage zutrifft, dass sich viele Schmierereien an den Hauswänden befinden (vgl. Tabelle 15). Die Stadtbezirke differieren in dieser Einschätzung, wenn auch nicht gravierend. Am meisten Schmierereien werden von den Einwohnern von Harburg und Mitte wahrgenommen,

von denen immerhin 24% und 15% die Aussage voll oder eher für zutreffend halten. In Hamburg-Nord sind es dagegen nur 5% der Befragten, die der Aussage voll oder teilweise zustimmen, dass sich in ihrem Viertel viele Schmierereien an den Hauswänden befinden.

22% der von uns angerufenen Personen schätzen die Aussage als voll oder teilweise zutreffend ein, dass Müll und Abfall auf Straßen, Gehwegen und in Parkanlagen liegen. Am stärksten ist diese Einschätzung wiederum in Mitte (36%) und Harburg (28%) ausgeprägt, am geringsten in Altona (17%).

Beschädigungen an Briefkästen, Spielplätzen, Telefonzellen etc. werden von 6% der Befragten als Problem wahrgenommen, 3% stimmen der Aussage voll oder eher zu, dass sich in ihrer Gegend viele leere und verlassene Gebäude befinden. Die kritischen Einschätzungen zu Beschädigungen konzentrieren sich dabei auf Altona (13% Zustimmung zu dieser Aussage) und Mitte (7%). Leere und verlassene Gebäude werden in Altona etwas stärker als in den anderen Bezirken als Problem wahrgenommen. 10% der Befragten stimmen hier der Aussage eher oder voll und ganz zu, dass es in ihrer Gegend viele leere und verlassene Gebäude gibt.

Befragt nach dem sozialen Zusammenhalt in den Vierteln überwiegen positive Einschätzungen. 85% der Interviewpartner schätzen die Aussage als eher oder voll zutreffend ein, dass sich Nachbarn in ihrer Wohngegend gegenseitig helfen. Bei dieser Frage beobachten wir etwas stärkere Unterschiede zwischen den Stadtbezirken. So sehen in Harburg 72% die Aussage über die Hilfsbereitschaft als eher oder voll zutreffend an, in Bergedorf sind es 96%.

63% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Umfrage haben ihren Nachbarn bereits einmal einen Besuch abgestattet. Die Bezirke unterscheiden sich hier kaum.

89% der Befragten stimmen der Aussage eher oder voll zu, dass man den Menschen in ihrer Nachbarschaft trauen kann. Auch hier gibt es fast keine bedeutsamen Unterschiede zwischen den Bezirken. Lediglich Nord sticht etwas heraus. Hier stimmen 98% der Aussage voll oder eher zu, dass man den Menschen in ihrer Nachbarschaft trauen kann.

Schließlich haben 90% der Befragten ganz oder eher das Gefühl, dass sich die Erwachsenen in ihrem Quartier gut verstehen. Wiederum ragt Nord etwas aus den sich an-

sonsten kaum unterscheidenden Stadtbezirken heraus. Ähnlich wie bei der Vertrauensfrage sind mit 97% fast alle Befragten in Nord der Meinung gewesen, dass sich die Erwachsenen in ihrem Quartier gut verstehen.

Tabelle 15: Wohnumgebung

	Trifft voll und ganz zu	Trifft eher zu	Trifft eher nicht zu	Trifft überhaupt nicht zu	Gesamt
Schmierereien an Hauswänden	4%	9%	40%	47%	n=434
Verschmutzung	8%	14%	38%	41%	n=437
Beschädigungen	2%	4%	33%	61%	n=435
Leere und verlassene Gebäude	1%	2%	24%	74%	n=434
Hilfsbereitschaft der Nachbarn	39%	46%	13%	2%	n=410
Besuch bei Nachbarn	32%	31%	25%	13%	n=436
Vertrauen in Nachbarschaft	39%	50%	10%	2%	n=398
Erwachsene verstehen sich gut	40%	50%	9%	2%	n=413

Frage: Wie sehr trifft Folgendes auf die Umgebung zu, in der Sie wohnen? Ich lese Ihnen einige Aussagen vor. Bitte sagen Sie mir: Trifft voll und ganz zu, Trifft eher zu, Trifft eher nicht zu, Trifft überhaupt nicht zu.

Aussagen: a) In meiner Wohngegend gibt es viele Schmierereien an Hauswänden; b) In meiner Wohngegend liegen häufig Müll und Abfall auf Straßen, Gehwegen und Grünflächen herum; c) In meiner Wohngegend gibt es viele beschädigte Briefkästen, kaputte Spielplatzgeräte oder zerstörte Telefonzellen; d) In meiner Wohngegend gibt es viele leere und verlassene Gebäude.; e) Die Menschen in meiner Nachbarschaft helfen ihren Nachbarn gerne.; f) Ich war schon häufiger in der Wohnung von Nachbarn.; g) Den meisten Menschen in meiner Nachbarschaft kann man trauen.; h) Die Erwachsenen in unserer Nachbarschaft verstehen sich gut miteinander.

Das Thema „Wohnen und Wohnumfeld“ beschließend haben wir die Hamburgerinnen und Hamburger gebeten, uns Auskunft darüber zu geben, wie sicher sie sich am Tage und nachts in ihrer Wohngegend fühlen. Tagsüber fühlen sich die Befragten sehr sicher. Nur knapp 1% gab an, sich sehr oder etwas unsicher zu fühlen, 12% fühlen sich

ziemlich und 87% sehr sicher (vgl. Tabelle 16). Diese Einschätzung ändert sich deutlich, wenn wir nach dem Sicherheitsgefühl in der Nacht fragen. Aber auch im Dunkeln fühlt sich mit 23% weniger als ein Viertel der Befragten sehr oder etwas unsicher. Ein gutes Drittel (36%) fühlt sich auch nachts ziemlich sicher, 41% der Befragten gaben an, sich auch nachts sehr sicher zu fühlen. Die Einschätzung der Tagessituation variiert kaum zwischen den Stadtbezirken. In Harburg gaben 79% der

Tabelle 16: Kriminalitätsfurcht

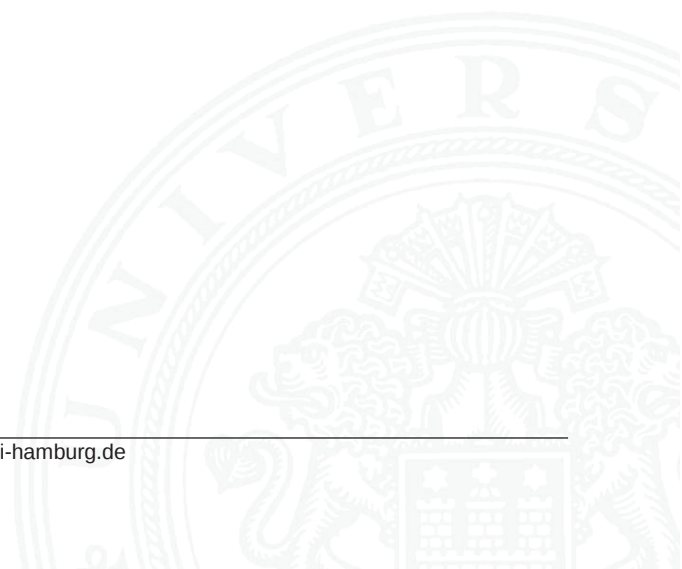
	Nacht	Tag
Sehr unsicher	3%	1%
Etwas unsicher	20%	0%
Ziemlich sicher	36%	12%
Sehr sicher	41%	87%
Gesamt	n=435	n=437

Frage Nacht: Und wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie abends im Dunkeln alleine durch die Straßen Ihrer Wohngegend gehen?

Frage Tag: Und wie ist das tagsüber, im Hellen? Wie sicher fühlen Sie sich oder würden Sie sich fühlen, wenn Sie tagsüber im Hellen alleine durch die Straßen Ihrer Wohngegend gehen?

Befragten an, sich sehr sicher zu fühlen, 21% fühlen sich ziemlich sicher, keiner der Harburger Befragten gab dagegen an, sich sehr oder etwas unsicher zu fühlen. In Eimsbüttel fühlen sich 92% der Befragten sehr und 8% der Befragten ziemlich sicher; keine Person gab an, sich etwas oder sogar sehr unsicher zu fühlen. Auch in der Einschätzung der nächtlichen Sicherheitssituation unterscheiden sich die Bezirke kaum. Am meisten Unsicherheit berichten die Harburger und Harburgerinnen, von denen sich 42% des Nachts etwas unsicher fühlen. Sehr unsicher fühlt sich in Harburg auch des Nachts niemand. Das größte Sicherheitsgefühl haben die Menschen in Nord, wo sich lediglich 12% der Befragten nachts etwas unsicher fühlen. Sehr unsicher fühlt sich auch hier niemand. Ein großes Unsicherheitsgefühl berichten lediglich Befragte aus Altona (6%), Mitte (5%) und Wandsbek (3%). Gleichzeitig ist der Anteil der Personen dieser Bezirke, die sich sehr oder etwas unsicher fühlen mit 21%, 20% und 25% deutlich geringer als der Anteil von Personen mit einem gewissen Unsicherheitsgefühl in Harburg.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich die Hamburgerinnen und Hamburger in ihrer Stadt im Großen und Ganzen wohl und sicher fühlen. Als verbesserungswürdig werden aber teilweise die Wohnkosten, die Lärmbelastung und die nächtliche Sicherheit angesehen.



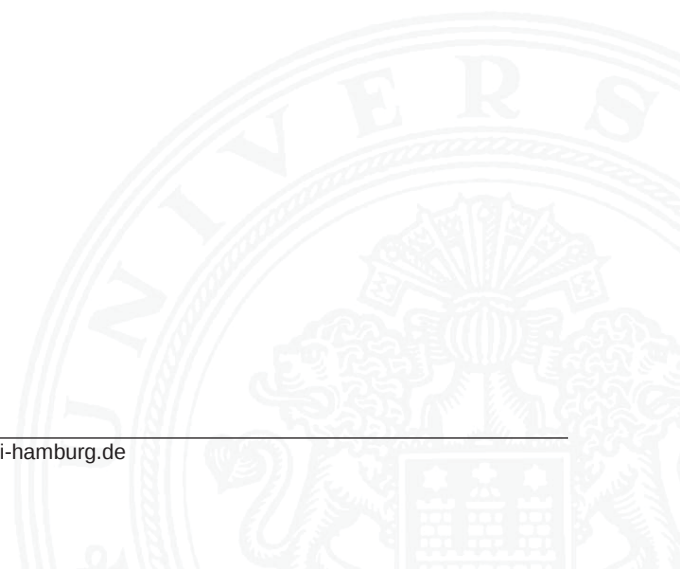
5) Zusammenfassung

Die Befragung der Hamburgerinnen und Hamburger im Sommer dieses Jahres brachte als zentrales Ergebnis ein aktuelles politisches Stimmungsbild hervor, in dem die SPD mit 42% die absolute Mehrheit verliert, aber mit deutlich über 40% der Wählerinnen und Wähler dominierende Kraft bleibt. Die CDU kann bislang nicht vom Abschmelzen der absoluten Mehrheit der SPD profitieren. Sie würde von 21% der Befragten gewählt werden und liegt damit nahe an ihrem Wahlergebnis von 2011 (21,9%). Die Hamburger Grünen könnten ihren Stimmenanteil im Vergleich zum Wahlergebnis 2011 (11,2%) auf 22% der Wählerstimmen nahezu verdoppeln. FDP (5%) wie LINKE (5%) müssten derzeit um den Einzug in die Bürgerschaft bangen, während die PIRATENPARTEI mit 6% der Stimmen erstmals Mandate erringen würde.

Sehr groß ist nach wie vor das Vertrauen in den Ersten Bürgermeister Olaf Scholz. Während weniger als die Hälfte der Befragten das Spitzenpersonal der Hamburgischen Bürgerschaft zu kennen scheint, können 89% der Befragten etwas mit dem Bürgermeister anfangen, von denen 82% die politische Arbeit von Scholz positiv oder sogar sehr positiv bewerten.

Der Hamburg-BUS wirft auch ein Licht auf die Einstellungen der Hamburgerinnen und Hamburger in Bezug auf Sparziele, Wohnsituation und Klimawandel. So lassen die Erhebungen den Schluss zu, dass es derzeit keinen erkenntlichen Willen zum Sparen in der Bevölkerung gibt, auch wenn grundsätzlich das Thema als wichtige politische Agenda anerkannt wird. Am wenigsten befürwortet werden Kürzungen im Bereich Bildung, am meisten Sparpotenzial wird in der Verwaltung gesehen. Die Befragung der Hamburgerinnen und Hamburger zu ihrer Wohnsituation zeigt einmal mehr, dass die große Mehrheit mit der eigenen Wohnsituation wie auch mit dem Wohnumfeld zufrieden oder sogar sehr zufrieden ist. Auch das Sicherheitsgefühl ist in allen Stadtteilen hoch bis sehr hoch, das gilt sowohl am Tage wie auch in der Nacht. Eine Mehrheit der Einwohnerinnen und Einwohner möchte aber offensichtlich eine Stadt, in der Menschen unterschiedlicher Einkommen und unterschiedlicher Lebenswege nebeneinander wohnen und in der es möglich ist, dass Wohnviertel ihren gewachsenen Charakter behalten.

Mit Blick auf das Thema Klimawandel zeigen die Hamburgerinnen und Hamburger eine große Sensibilität. 87% der Befragten sehen den Klimawandel als ernsthaftes Problem an. Die Hamburger blicken dabei mit besonderer Sorge aufs Wasser, 55% befürchten eine Zunahme der Zahl der Sturmfluten und weitere 27% sehen eine wachsende Bedrohung durch Überschwemmungen.



6) Literatur

- Abold, Roland. 2008. Hafen City oder Hartz IV? Bundespolitischer Einfluss auf die Hamburger Bürgerschaftswahlen. In: Kerstin Völkl (Hrsg.), *Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, 149-175.
- Arzheimer, Kai und Harald Schoen. 2005. Erste Schritte auf kaum erschlossenem Terrain. Zur Stabilität der Parteiidentifikation in Deutschland. *Politische Vierteljahresschrift* 46: 629-654.
- Behörde für Inneres und Sport/Landeswahlleiter. 2011. *Erfahrungsbericht zur Hamburg-Wahl am 20. Februar 2011 für den Verfassungs- und Bezirksausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft*. 10.10.2012.
- Häder, Sabine, Siegfried Gabler und Christian Heckel. 2009. Stichprobenziehung, Gewichtung und Realisierung. In: Häder, Michael und Sabine Häder (Hrsg). *Telefonbefragungen über das Mobilfunknetz*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 21-49.
- Horst, Patrick. 2011. Das neue Hamburger Wahlrecht auf dem Prüfstand: kontraproduktiv, aber schwer reformierbar. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 42: 707-724.
- Jakobeit, Cord, Philipp Hiller und Nils Thomsen. 2011. *Evaluation des neuen Hamburger Wahlrechts bei der Bürgerschaftswahl 2011. Ergebnisse einer Wähler- und Nichtwählerbefragung. Studie im Auftrag des Verfassungs- und Bezirksausschusses der Hamburgischen Bürgerschaft und der Bürgerschaftskanzlei*. Hamburg.
- Schoen, Harald. 2003. *Wählerverhalten und Wechselwahl*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein. 2011. *Wahlen zur Bürgerschaft und zu den Bezirksversammlungen am 20. Februar 2011. Analyse*. http://www.statistik-nord.de/uploads/tx_standdocuments/Wahlanalyse_2011_Gesamt_A4_Internet.pdf. 10.10.2012.
- Völkl, Kerstin, Kai-Uwe Schnapp, Everhard Holtmann und Oscar W. Gabriel. 2008. Zum Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlen: Theoretischer Rahmen und Analysemodelle. In: Kerstin Völkl (Hrsg.), *Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland*. Baden-Baden: Nomos, 9-36.

7) Anhang

Anhang Tabelle A: Geschlecht

	Anteil
Weiblich	53%
Männlich	47%
Gesamt	n=437

Anhang Tabelle B: Alter

	Anteil
16 bis 30 Jahre	13%
31 bis 45 Jahre	28%
46 bis 60 Jahre	26%
61 bis 75 Jahre	24%
76 und älter Jahre	9%
Gesamt	n=422

Anhang Tabelle C: Wohnbezirk

	Anteil
Altona	13%
Bergedorf	7%
Eimsbüttel	19%
Hamburg-Mitte	13%
Hamburg-Nord	16%
Harburg	9%
Wandsbek	22%
Gesamt	n=415

